



Beschlüsse

**der Landesdelegiertenkonferenz
der SPD 60 plus
am 29.07.2017 in Esslingen**

Resolution 1:

Altersgerecht Leben

Der Landesverband der Arbeitsgemeinschaft 60 plus in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren auf die nachfolgenden Themen konzentriert, und wir wollen mit dieser Resolution die Programmdebatte zur Bundestagswahl 2017 unterstützen.

Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Grundrecht. Wir fühlen uns verpflichtet, wir sind verpflichtet, dies menschenwürdig und nach sozialdemokratisch geprägten Wertvorstellungen umzusetzen.

Endlich hat das Thema Wohnen eine politische Bedeutung erlangt wie seit über 20 Jahren nicht. Es eröffnet sich ein beinahe unübersehbares Themenfeld: von Mietpreisbremse, preisgünstiges Wohnen, Zweckentfremdung, sozialer Zusammenhalt, Wohnungsbauförderung, Wohnungsgemeinnützigkeit, soziale Stadtentwicklung, Gentrifizierung, genossenschaftliches Wohnen, Schwellenhaushalte, Kompensationsmittel, Nachhaltigkeit, urbane Gebiete, Baulandpolitik, Soziale Stadt, Wohnumfeld, Baufertigstellungen, Wohnbau-Allianz, revolvierenden Wohnbaufonds, Wohnbauflächen, Konversion, Luxusmodernisierungen, Sonderabschreibungen, intakte Nachbarschaften, sozialräumliche Segregation, Wohnungsbauoffensive, Förderprogramme, Baugruppen, Städtebauförderung, Mietshäusersyndikat, Wohngeld, Mietpreisbindungen, Quartiersmanagement, bezahlbares Wohnen, Mietspiegel, Wohnraumbedarfsanalysen bis zu Wohnungsbaustandards, durchmischten Quartieren, Sozialwohnungen, Integration, und es findet sich kein Ende der Ideen. Der SPD-Landesvorstand hat hier einen richtungsweisenden Antrag mit dem Schwerpunktthema Wohnen für den Bundesparteitag formuliert. Wir fordern dabei insbesondere eine altersgerechte Städtebauförderung. Im Schwerpunkt des Programms "Soziale Stadt" muss der demografische Wandel berücksichtigt werden, von der Familie mit Kindern bis zu den älteren Mitbewohnern in Singlehaushalten.

Wir fordern altersgerechten Wohnraum. Das Wohnungsangebot muss sukzessive und planvoll für die älter werdende Gesellschaft umgebaut werden. Das Programm "Altersgerecht umbauen" muss aus Bundesmitteln finanziert werden, die Baugesetze und das Baugesetzbuch müssen entsprechend weiterentwickelt werden. Staatliche Förderung muss an Barrierefreiheit gekoppelt werden. Die Wohnberatung muss ausgebaut werden, evtl. in die Pflegestützpunkte integriert. Die Finanzierung bzw. Förderung der Mehrgenerationenhäuser muss dauerhaft gesichert werden.

Nach den jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg ist eine CDU-Ministerin für den Bereich Wohnen zuständig. Sie berief die Wohnbauallianz, in der alle wohnungsrelevanten Verbände beraten dürfen. Das ist gut – leider will die neue Landesregierung den Wohnbauförderungstopf aber nur durch Bundesmittel auf 250 Mio. € erhöhen. Ohne zusätzliche Landesmittel werden die 330 Mio. Euro für die mindestens notwendigen 6.000 Mietwohnungen pro Jahr im 11 Mio. Einwohner zählenden Land Baden-Württemberg nicht erreicht. Es werden nicht nur Mietwohnungen, insbesondere im sozialen Preisfeld fehlen, es bleibt auch unbeantwortet, wie Kommunen unterstützt werden, wenn sie nicht nur Sozialwohnungen, sondern auch Wohnungen für Schwellenhaushalte bauen wollen.

Kommunale Wohnbauunternehmen und Baugenossenschaften, die nicht renditeorientiert für Anleger arbeiten, sollten kräftig unterstützt werden, damit sie langfristig Mietkonditionen im Sinne des Gemeinwohls anbieten können. Überhaupt gilt es, genossenschaftliches Bauen zu stärken, den 1990 abgeschafften gemeinnützigen Wohnungsbau mit zeitlosen Bindungsfristen zu reaktivieren und

die Formel der SPD Baden-Württemberg 40-30-30 zu implementieren (40 Prozent für Sozialen Wohnungsbau, 30 Prozent für die geförderte Eigentumsbildung und 30 Prozent für die privat finanzierte Bebauung bei der Bebauung größerer Flächen).

Wir schlagen Baden-Württemberg als Modellregion vor, Wohnungsbau über revolvingierende regionale Wohnbaufonds zu finanzieren: Würde das Land eigenes Vermögen statt Haushaltsmittel in Kombination mit bundesseitigen KfW-Mitteln zur Verfügung stellen, könnte mit solchen Fonds künftig weitestgehend unabhängig vom Landeshaushalt die Zahl der geförderten Wohnungen gesteigert werden. Solche Fonds refinanzieren sich langfristig und die Mieten wären dauerhaft gebunden.

Mit Blick auf die Nebenkosten liegen uns auch Mieter-strominitiativen am Herzen. Mieterstrom wird lokal produziert (Photovoltaikanlage auf dem Dach oder dem Balkon), verbessert die CO₂-Bilanz, spart den Umweg über Fernverkehrsnetze – und Kosten.

Wir unterstützen die Landtagsfraktion, die sich intensiv um wichtige wohnungspolitische Themen, insbesondere die Finanzierung über revolvingierende Wohnbaufonds und eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit bemüht.

Mobilität für jedes Alter bewahren

Stärkung des ÖPNV. Wenn die Grundversorgung ins Wanken gerät – Lebensmittelladen, Hausarzt, Apotheke, Sportverein, Schule und Bankfiliale nur noch in der nächst größeren Gemeinde zu finden sind, werden der Öffentliche Nahverkehr und moderne Modelle den Individualverkehr zu organisieren, zur Überlebensfrage.

Kommunen und Vereine sollen verstärkt "Bring-Dienste" anbieten, ebenso Dienstleistungen wie Lieferservice und Fahrdienste.

Wir fordern Barrierefreiheit an allen Bahnhöfen – auch im ländlichen Raum. Das ist vor allem eine soziale Notwendigkeit, inzwischen fördern altersgerechte Bahnhöfe altersgerechten Tourismus und werden damit wichtig für die wirtschaftliche Stärkung einer Region.

Der (heute noch) notwendige motorisierte Individualverkehr bricht unter der Last des Güterverkehrs zusammen – Lastkraftwagen verstopfen die Straßen. Deshalb fordern wir die Reaktivierung der Politik: „Güter von der Straße auf die Schiene“.

Aus ökologischen Gründen soll der Umstieg auf das Fahrrad durch Ausbau der entsprechenden Radwegenetze erleichtert werden.

Mit dem Rückgang der daseinsvorsorgenden Infrastruktur im ländlichen Raum werden gute Kommunikationsmöglichkeiten immer wichtiger – deshalb fordern wir den zügigen Breitbandausbau.

Verbesserungen bei Gesundheit und Pflege

Prävention und gesundheitliche Förderprogramme sind auf der Grundlage des Präventionsgesetzes durch die Sozialversicherungsträger weiter auszubauen. Sie sind eine wichtige Grundlage zur Vermeidung von Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

Ärztliche Behandlung, Rehabilitation und Pflege sind flächendeckend anzubieten und zu erhalten. Dazu gehört eine gute hausärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum.

Im Bereich der Pflege sind deutliche Fortschritte erzielt worden, sowohl im Bereich der aktivierenden Pflege und bei der Betreuung dementiell erkrankter Menschen. Auch die ambulante Pflege wurde durch Leistungsverbesserungen nachhaltig gefördert.

Wichtig ist die Anpassung der Leistungsbeiträge an die Preis- und Lohnentwicklung. Die Arbeitsbedingungen sind zu verbessern. Dazu gehört ein bundeseinheitlicher Branchentarifvertrag Soziales, um den derzeit unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Vereinbarungen zu begegnen.

Zur weiteren inhaltlichen Ausgestaltung und einer gerechten und auskömmlichen Finanzierung der Pflege fordern wir die Einführung der Bürgerversicherung Pflege. In die Bürgerversicherung zahlen alle ein, alle Einkommensarten sind dabei für die Beitragszahlung heranzuziehen.

Auch im Bereich der Gesundheit (Krankenversicherung) wird eine Bürgerversicherung Gesundheit angestrebt.

Vermeidung von Altersarmut

Rentnerarmut ist fast immer die Folge von Einkommensarmut. Deshalb stehen faire Löhne, gutes Einkommen ganz oben auf der Tagesordnung. Die Rentenentwicklung darf nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Das ist der Grundsatz. Um allerdings ein Rentenniveau von mindestens 50 % zu erreichen, ist es vorübergehend notwendig, die Renten stärker zu steigern als die Löhne wachsen.

Die gesetzliche Rente muss weiterhin den wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Lebensstandards im Alter leisten. Versicherungsfremde Leistungen müssen stets und ausreichend durch Steuergelder ausgeglichen werden. Die Solidarrente muss deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegen. Kindererziehungszeiten, Pflegezeiten und ehrenamtliches Engagement müssen besser berücksichtigt werden. Betriebliche und private Altersvorsorge sind Ergänzungen, kein Ersatz für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) oder Teile davon.

Um das Mehrklassensystem in der Altersvorsorge zu überwinden, wollen wir die GRV in eine Erwerbstätigenversicherung weiter entwickeln.

Auch der Bereich „Lebenslanges Lernen“ ist in diesem Zusammenhang wichtig. Die Funktionsfähigkeit eines Menschen ist nicht an ein chronologisches Alter gebunden, sondern wird von biologischen und sozialen Faktoren mitbestimmt. Schulbildung und Beruf sind daher wichtig, aber auch die Fort- und Weiterbildung im ganzen Berufsleben und auch im Ruhestand. Ein aktiver Ruhestand mit körperlichem und geistigem Training und das Zusammensein mit anderen Menschen fördert die Lebensqualität. Das Gefühl, gebraucht zu werden, ist im Beruf, aber auch in der Familie und im Ehrenamt sehr wichtig.

Armut ist oft auch eine Folge von Reichtum. Wir wollen eine gerechtere Teilhabe an den Arbeitsergebnissen unserer Gesellschaft. Dazu gehören faire Löhne und Einkommen, faire Preise und faire Einkommensteuern. Dazu gehört auch eine faire Besteuerung von Vermögen.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist viel stärker eine Frage von Arm und Reich als eine Frage von Jung und Alt.

Umwelt

In erdgeschichtlichen Zeiträumen gedacht: noch niemals hat der Mensch egoistisch getrieben die Erde in einem solchen Geschwindigkeitsrausch ausgebeutet wie heute. Von Verschwendungshype

endlicher Ressourcen zu sprechen ist angemessen. An unsere Enkel zu denken, bedeutet Klima- und Umweltschutz - sowohl als nationale wie globale Aufgabe - in den Vordergrund zu rücken.

Essentiell ist dabei der Ausbau der Erneuerbaren Energien also die Energiewende. Auch wenn viele Länder den Ausstieg aus der Atomenergie noch vor sich herschieben – wenn in Deutschland heute innovative, also neue Technologien entwickelt und zur Marktreife gebracht werden, die den Einsatz fossiler und anderer endlicher Ressourcen entbehrlich machen, haben die deutsche Industrie, Mittelstand und Handwerk, aber auch Lehre, Forschung, Entwicklung eine gute Zukunft.

Durch Kreislauffeffizienz und den effizienten Einsatz von Ressourcen wollen wir die Umwelt und das Klima schonen. In gleichen Dimensionen gedacht untergräbt auch die Reduzierung der Artenvielfalt, die Reduzierung der biologischen Vielfalt die Zukunftsfähigkeit des Menschen.

Über Waldsterben zu sprechen ist ein wenig aus der Mode gekommen, die CO₂-Messwerte von Verbrennungsmotoren werden manipuliert und der amerikanische Präsident leugnet den Klimawandel. Traurige Aussichten für den Klima- und Umweltschutz als globale Aufgabe. Umso wichtiger ist es, sich wieder verstärkt um den internationalen Klimaschutz zu kümmern. Wir brauchen unbedingt ein verbindliches Nachfolgeabkommen zu Kyoto, um die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. So sperrig sich China und die USA als größte CO₂-Emittenten dabei verhalten, Deutschland und Europa müssen ihre internationale Umweltpolitik verstärken und eine Vorreiterrolle übernehmen. International – das bedeutet auch sich mit den Ländern des Südens zu verbünden und unsere Entwicklungszusammenarbeit so zu steuern, dass Entwicklung, Wachstum und Wohlstand im Einklang mit Natur und Umwelt stehen können. Das bedeutet auch, dass die fremdbestimmte Ausbeutung der armen Länder, die Ausbeutung ihrer Ressourcen ein Ende haben muss.

Allerdings lohnt es auch vor der eigenen Haustür zu kehren: Klimaschutz ist auch nationale Aufgabe, die nicht zuletzt gesetzlich festgeschriebene langfristige (nachhaltige) Klimaschutzziele definiert.

Dazu gehören zum Beispiel eine energieeffiziente und klimagerechte Bau- und Stadtentwicklung, der Ausbau erneuerbarer Energien, der Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen und die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft, die sich auf Wiederverwertung von Produkten, die Wiedergewinnung von Rohstoffen und die Ressourcenschonung, das heißt auch Abfallvermeidung, konzentriert.

Finanzen

Deutschland ist im internationalen Vergleich erfolgreich. Die Wirtschaft wächst und die Beschäftigungslage ist gut. Soziale Gerechtigkeit ist dabei eine unverzichtbare Grundlage dieser positiven Entwicklung. Sie hält unsere Gesellschaft zusammen. Sie stärkt das Zusammenleben in Deutschland und Europa und würdigt die Leistung jedes einzelnen und macht unser Land sicherer. Soziale Gerechtigkeit ist kein Zustand. Jeder und jede Einzelne sind wichtig in unserer Gesellschaft: die Mutter, die ihren Kindern noch schnell vor der Schule das Pausenbrot zusteckt und im 24 Stunden Dienst ihren kranken Vater pflegt, genauso wie die Managerin, die sich um Tausende Arbeitsplätze kümmert, der Lehrer, der mit nervenaufreibender Arbeit für gute Bildung sorgt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagein tagaus Wohlstand schaffen, der Banker, der uns in Geldsachen berät, die Staatsdiener, die unser Gemeinwesen organisieren, die Krankenschwester und Ärztin, der Feuerwehrmann – Arbeit und Engagement schaffen Werte.

Und doch ist unsere Gesellschaft viel mehr als die Summe der einzelnen Individuen. Deshalb müssen wir jeden Tag für soziale Gerechtigkeit eintreten und das Erreichte gegen Ungerechtigkeiten, gegen Egoismus, Machtmissbrauch, Volksverhetzer*innen und Unterdrückung verteidigen. Unser Gemeinwesen bietet viel mehr als sich alle einzelnen jemals leisten können. Auch der Reichste kann

sich kein Straßennetz leisten, und auch der beste Unternehmer kommt ohne Arbeitnehmer*innen und ohne Kunden nicht zurecht.

Die Finanzpolitik kümmert sich um die Einnahmen zur Finanzierung der gemeinschaftlichen Aufgaben. Sämtliche Steuern, die einzelne Bürger bezahlen, erhalten sie als Gemeinschaft zurück. Sich frei und sicher bewegen zu können, Orte für die Kinderbetreuung und für lebenslange Bildung zu finden, Hilfe bei der Pflege im Alter und ein Gesundheitssystem bei Krankheit, eine auskömmliche Altersversorgung auf einem würdevollen Niveau – all dies will finanziert sein. Aber auch die Verteidigung des Friedens und die Sicherheit innerhalb des Landes ebenso wie die Straßen, Brücken und ein Schienennetz verdanken wir den Steuereinnahmen.

Kluge Finanzpolitik hat auch viel mit Friedenspolitik und Umweltpolitik zu tun. So gilt es darauf zu achten, die absolute Ausbeutung von Mensch und Erde zu verhindern und den egoistisch getriebenen Verschwendungshype endlicher Ressourcen zu begrenzen. Auch die fortschreitende aggressive Privatisierung der letzten Rohstoffreserven der Welt bei gleichzeitiger Kumulation des gesamten Weltvermögens in wenigen Händen müssen verhindert werden. Reichenghettsos mit hohen Zuananlagen machen auch den Reichen auf Dauer keine Freude. Das gilt im Dorf, in der Stadt und auch für Deutschland.

Wir leben in Deutschland in einem wunderbaren Land, in dem es im Durchschnitt allen gut geht. Dabei ist es kein Widerspruch, einerseits in der Zeitung zu lesen, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland exzellent ist und es den Bürgern gut geht, und andererseits auf große Ungleichheit und Armut hinzuweisen, denn leider ist der Durchschnitt ein großer Lügner. Er versteckt, wie fantastisch es einigen wenigen geht, und er verschweigt, dass gleichzeitig viele von Armut bedroht, in Armut leben oder auch nur befürchten, es könnte ihnen künftig schlechter gehen. Manchmal verkriecht sich die Armut um die Würde zu retten, und dort, wo sie offen auf uns zukommt, machen viele einen Bogen. Jenen in der Mitte geht es ganz gut, aber sie sind mit Blick auf die Zukunft nicht ohne Sorge. Deshalb ist es so wichtig, politisch nicht nur auf Sicht zu fahren wie im Nebel, sondern langfristig geplante Schritte in Richtung einer guten Zukunft zu gehen.

Für uns, also die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich der Gerechtigkeit verschrieben haben, ist dies eine riesige Aufgabe. Ein Werkzeug zur Lösung dieser Aufgabe ist die Organisation von Teilhabe. Es geht auf der einen Seite darum, dass alle von allem ihren gerechten Teil haben – an Bildung, Arbeit, Gesundheit (Krankenversorgung), Rente, Kultur, Sicherheit, Freizeit aber auch an Demokratie und Zugang zu öffentlichen Gütern.

Andererseits beteiligen sich alle Bürgerinnen und Bürger nach Können und Vermögen an der Lösung und Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Einige haben schon alles gegeben, wenn sie ihre Arbeit und ihre Ideen gegeben haben, andere können darüber hinaus auch noch Geld geben.

Unsere Gesellschaft wird dort gespalten, wo ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gleichheit der Lebenschancen gefährden. Es geht also nicht um Gleichheit oder Gleichmacherei, sondern um vergleichbare Lebenschancen.

Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für Gerechtigkeit. Wir sagen: starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Bei Gering- und Mittelverdienern besteht ein Entlastungsbedarf. Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen tragen dagegen nicht genug zur Finanzierung des Gemeinwesens bei – das klingt hart, denn gerade Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen tragen tatsächlich schon einen besonders großen Anteil für die Gemeinschaft bei. Wenn wir aber fragen: was bleibt einzelnen, nachdem sie Steuern bezahlt haben? Dann sehen wir, dass manchen am Tag mehr bleibt als andere im ganzen Jahr zur Verfügung haben.

Unser aktuelles Steuersystem folgt in wichtigen Elementen einem Gesellschaftsbild das vielfach die Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht mehr gut abbildet:

- Während die Arbeitnehmer*innen im internationalen Vergleich inzwischen relativ hoch besteuert werden, liegen die Steuern auf Vermögen und auch die realen Unternehmenssteuern in Deutschland relativ niedrig. Nutznießer*innen waren Bezieher*innen von Gewinneinkünften und Vermögende.
- Die Einkommensunterschiede wurden im Zeitverlauf immer größer. So liegt das Bruttodurchschnittseinkommen bei etwa 30.000 € pro Jahr, es gibt aber auch Einkommen von über 40.000 €– am Tag. Die zunehmende Einkommensspreizung bleibt im Einkommensteuertarif unberücksichtigt. Der Spitzensteuersatz ist im internationalen Vergleich zu gering und wird bereits ab dem doppelten Durchschnittseinkommen erreicht.
- Unser Steuersystem ist immer noch an einer Familie mit Kindern und der Einverdienerfamilie orientiert. Die schwierige Situation der Alleinerziehenden zum Beispiel bleibt unberücksichtigt.
- Auch dass etwa 80 % des gesamten Vermögens durch Erbschaft und nicht durch eigene Leistung entstanden ist, bleibt im gegenwärtigen Steuersystem unberücksichtigt.
- Die Unternehmensbesteuerung eröffnet grenzüberschreitend tätigen Konzernen immer noch zu viele Möglichkeiten, ihre Steuerbelastung durch Gewinnverlagerung und Gewinnkürzung zu minimieren. Mit den Argumenten „Freiheit des Marktes“ und „Bürokratie“ wurden Schlupflöcher von der größten Fraktion im Bundestag bisher bewusst in Kauf genommen oder sogar bewusst offen gehalten. Der Gemeinschaft gehen Milliarden verloren.

Durch die fehlende Kassenpflicht, fehlende Bonausgabepflicht und fehlende softwarebasierte Sicherheitslösungen wurde bisher die systematische Betrugsbekämpfung, etwa durch manipulierbare Kassensysteme, verhindert.

Kurz: unser Steuersystem wird den Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. Dies wollen wir ändern.

Auch in der Unternehmensbesteuerung, treffen wir auf gravierende Gestaltungsanstrengungen einzelner Unternehmen, oft mit Sitz in anderen Staaten. Steuerpolitik braucht Außenpolitik und Diplomatie und keine Oberlehrerallüren, denn der Steuerwettbewerb der Staaten – konkurrierende Steuersysteme und Steuersätze – lädt erst zu grenzüberschreitender Steuerumgehung ein.

Darüber hinaus richten kriminelle Steuerhinterziehung und Kassenbetrug großen Schaden an. Denn immer, wenn sich Einzelne kriminell der Steuer entziehen, ist das zum Schaden der Ehrlichen. Diese gravierende Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen.

Die sowohl für den sozialen Frieden als auch für das Wirtschaftswachstum gefährliche Konzentrationsentwicklung bei den Vermögen zeigt, wie wichtig eine faire Besteuerung der Vermögen ist.

Steuerpolitische Ziele

Gering und Mittelverdiener sollen entlastet werden. Dies kann neben einer Absenkung der Sozialabgaben durch eine Absenkung der Einkommensteuerbelastung erfolgen. Dazu wollen wir die Tarifstruktur so verändern, dass es zu einer prozentualen Entlastung bei den unteren und mittleren Einkommen kommt, und der Spitzensteuersatz mit 49 % bei einem Einkommen von 100.000 € liegt. Die tatsächlich zu bezahlende Steuer liegt dann bei einem Einkommen von 100.000 € weit unter 40 %.

Die Abgeltungssteuer wollen wir abschaffen und in die Einkommensteuer integrieren.

Gewinne aus der Veräußerung privater Immobilien sollen unabhängig von Haltefristen mit 25 % besteuert werden. Das selbstgenutzte Eigenheim werden wir davon ausnehmen.

Familien mit Kindern wollen wir steuerlich entlasten. Besonders Familien mit geringen Einkommen werden wir durch ein einkommensabhängiges Kindergeld stärker fördern. Dazu werden wir das Kindergeld und den Kinderzuschlag zusammenlegen.

Alleinerziehende werden wir besser stellen. Den geltenden Entlastungsbetrag, von dem vor allem Alleinerziehende mit hohem Einkommen profitieren, werden wir in einen Abzug von der Steuerschuld umwandeln.

Die Besteuerung der Ehegatten wollen wir an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen. Das geltende Ehegattensplitting bevorzugt Ehegatten mit hohem Einkommen und fördert die Alleinverdiener Ehe. Um diese Fehlanreize zu beseitigen, wollen wir die Splittingwirkung begrenzen und die frei werdenden Mittel Familien mit Kindern zukommen lassen. Für alle bestehenden Ehen soll sich an dem bisherigen Ehegattensplitting nichts ändern.

Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern soll auf 500.000 € pro Jahr begrenzt werden, und die Gesellschafterversammlung soll ein angemessenes Verhältnis der Managereinkommen zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten auf Vorschlag des Aufsichtsrats beschließen.

Besondere steuerliche Privilegien in der Mehrwertsteuer für einzelne Interessengruppen müssen überprüft und gegebenenfalls zurückgenommen werden.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist überfällig, denn die Banken und Spekulanten, die für die letzte große Krise am Finanzplatz mit verantwortlich waren, sollen so an den Folgekosten der Krise beteiligt werden. Außerdem soll damit der für das Finanzsystem nicht ungefährliche Hochfrequenzhandel von mehreren Millionen Transaktionen am Tag, weniger attraktiv werden.

Um den unanständigen Steuerwettbewerb in Europa zu beenden, brauchen wir eine stärkere Annäherung der europäischen Unternehmensbesteuerung.

Unsere Städte und Gemeinden brauchen eine stabile Basis, um auch künftig attraktiver Lebensmittelpunkt zu sein. Die Gewerbesteuer soll deshalb zu einer Gemeinde-Wirtschaftssteuer weiter entwickelt werden.

Das beste Steuersystem bleibt ohne Wirkung, wenn der Vollzug nicht gleichmäßig ist und die Kontrollmöglichkeiten lückenhaft sind. Deshalb müssen Justiz und Finanzverwaltung personell verstärkt werden. Dies gilt insbesondere in der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und beim Zoll.

Den Solidaritätszuschlag, ein Zuschlag auf die Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer, wollen wir nach und nach in dem Maße abschaffen, wie die Notwendigkeit von Neubau und Sanierung der Infrastruktur (Schulen, Wohnungsbau, digitale Netze, Straßen, Brücken, Schleusen, Schienen ...) auch in den westlichen Bundesländern nachlässt.

Demografischer Wandel

Wer 1900 geboren wurde, hatte eine durchschnittliche Lebenserwartung von unter 45 Jahren, 1950 lag sie bei 67 Jahren. Heute kann ein neugeborener Junge mit einer Lebenserwartung von 75 Jahren, ein neugeborenes Mädchen mit über 80 Jahren rechnen. Wer heute schon 60 Jahre alt ist, kann sich – wieder im Durchschnitt – auf weitere 25 Jahre freuen. Aber auch die Jugendzeit hat sich verändert. Früher begann der Start ins Berufsleben oft im Alter von 14 Jahren, Kinder und Familiengründung

ließen nicht lange auf sich warten. Heute fühlen wir uns bis zum 35. Lebensjahr als „Jungsozialisten“ und der Jugendwahn in vielen Unternehmen steuert Arbeitnehmer ab 50 als „zu alt“ aus.

Wenn wir von den Klageliedern der „Überalterung“ oder seit einiger Zeit der „Unterjüngung“ absehen, realisiert die AG 60 plus, dass diese Entwicklung im politischen Raum nicht die hinreichende Beachtung erfährt. Eine Ursache dafür ist die Reduktion oder die Definition des Alters in einem Defizit-Modell. Wissenschaftlich ist diese Reduktion längst widerlegt, wir wollen diese Erkenntnisse in den kommenden Jahren für politische Entscheidungsprozesse aufbereiten.

Antrag 3:

Seniorenräte und Generationenbeauftragte in Gemeinden und Kreisen - Vorschläge für die Änderung/Ergänzung der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

In Gemeinden bis 8.000 Einwohnern soll - und in den größeren Gemeinden und den Kreisen ist - ein Seniorenrat oder eine andere Seniorenvertretung einzurichten. Dazu sind die Vorschriften über die Mitwirkung im Gemeinderat und im Kreistag zu ergänzen und für die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren in Anlehnung an die Vorschriften für die Jugendvertretung in Gemeinden neue Regelungen zu treffen.

Die Gemeinden und die Kreise haben Seniorinnen und Senioren bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise zu beteiligen. Dafür sind von den Gemeinden und Kreisen geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Die Mitglieder der Seniorenvertretung sind ehrenamtlich tätig.

In den Geschäftsordnungen ist die Beteiligung von Mitgliedern der Seniorenvertretung an den Sitzungen des Gemeinderats und des Kreistags in gesellschaftspolitischen und sozialen Angelegenheiten zu regeln; insbesondere sind ein Rederecht, ein Anhörungsrecht und ein Antragsrecht vorzusehen.

Den Seniorenvertretungen sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Über den Umfang wird im Rahmen des Haushaltsplans entschieden. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.

Antrag 4:

Betriebliche Altersversorgung

Für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Bezieher von Betriebsrenten und anderen Versorgungsbezügen (u.a. Direktversicherungen) muss die im Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) beschlossene gesamte Beitragspflicht (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Anteil) für alle Betroffenen ab der nächsten Legislaturperiode für den

Arbeitgeberanteil rückgängig gemacht werden.

Antrag 5:

Die SPD muss in der Rentenpolitik dafür sorgen,

- dass das Nettorentenniveau in absehbarer Zeit auf über 50 % angehoben wird.
- dass die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge wird
- dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird.
- dass das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter steigen darf. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten, um der Altersarmut zu entgehen.

Private Altersvorsorge

Die SPD muss dafür sorgen,

- dass private Zuzahlungen zur Aufstockung des eigenen Rentenniveaus ausschließlich an die gesetzliche Rentenversicherung zu erfolgen haben.
- dass die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einzahlung aller Arbeitnehmer, Selbstständigen und Beamten erfolgen soll. Ebenso sollen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen zur Beitragsberechnung in der Rentenversicherung herangezogen werden.
- dass die Rentenversicherungsbeiträge wieder paritätisch finanziert werden. Selbstständige zahlen ihre Beiträge analog zur Krankenversicherung.
- dass die Beitragsbemessungsgrenzen regelmäßig angehoben werden.

Mütterrente

Die SPD muss dafür sorgen,

- dass die Mütterrente unangetastet bleibt und dadurch kein Abzug an der Witwenrente vorgenommen wird.
- dass die Finanzierung der Mütterrente ausschließlich aus Steuermitteln erfolgt und nicht mehr zu Lasten der Beitragszahler.

Witwen/Witwerrente

Die SPD muss dafür sorgen,

- dass keinerlei Anrechnung aus geringfügig entlohnter Tätigkeit (Minijobs bis aktuell 450 € pro Monat) auf Witwenrenten vorgenommen wird.

Resolution 2:

Anhebung der "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" (SGB XII, Viertes Kapitel) um monatlich mindestens 125.- €

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für die Anhebung der "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" (SGB XII, Viertes Kapitel) um monatlich mindestens 125 € einzusetzen und diese Forderung in das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 aufzunehmen – möglicherweise kann Wählervertrauen zurückgewonnen werden.